

Stefan Schäfer

DIE ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DES BEGRIFFS (*DEUTSCHE*) *STABILITÄTS-* *KULTUR**

Der Autor ist Professor für Makroökonomik an der Hochschule Rhein-Main, Wiesbaden.

Es ist nicht zuletzt die Stabilitätskultur der Währung wie auch der Staatsfinanzen, die seit ihrer Gründung immer zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland gehört hat und gehört. (Bundesregierung 2010)

Dieser Satz stammt aus der Regierungserklärung, die Angela Merkel am 19. Mai 2010 vor dem Deutschen Bundestag abgegeben hat, um die erste ‚Griechenland-Rettung‘ zu begründen. Dass die Bundeskanzlerin die „Stabilitätskultur der Währung“ an zentraler Stelle heranzieht, um ihre Position zu untermauern, ist kein Zufall; handelt es sich dabei doch um ein Konzept, welches nicht nur, wie die Kanzlerin selbst sagt, „immer zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland gehört hat“, sondern insbesondere auch im Vorfeld der Euro-Einführung seit Beginn der 1990er Jahre im Mittelpunkt vieler Diskussionsbeiträge stand.

DER AUSDRUCK *STABILITÄTSKULTUR* TAUCHT ERST SEIT 1991 IN PRESSE- DATENBANKEN UND ONLINE-ARCHIVEN AUF

Angesichts der unten noch zu erläuternden Bedeutung des Konzepts *Stabilitätskultur* ist es verwunderlich, dass der Ausdruck *Stabilitätskultur* erst seit 1991 in einschlägigen Datenbanken und Suchmaschinen zu finden ist – vom FAZ- und Handelsblatt-Archiv über die Genios-Datenbank bis zu Google Scholar. Danach machte der Begriff, oft auch als *Deutsche Stabilitätskultur*, rasch Karriere und erlebte seit 2010 eine Renaissance mit seiner Nennung in der zitierten Regierungserklärung Angela Merkels. Die folgenden Ausführungen behandeln die Entstehung des Begriffs und betrachten seine Weiterentwicklung bis heute.

Begriffsschöpfung durch die Bundesbank?

Dass der Ausdruck erst seit 1991 – und in diesem Jahr auch nur genau ein Mal – nachweisbar ist, beweist nicht, dass er vorher keine Verwendung gefunden hat. Schließlich sinkt der Anteil der digitalisierten und somit über Online-Archiv-Recherchen auffindbaren Texte mit jedem Jahr, das weiter in der Vergangenheit liegt. Der sprunghafte Anstieg der Treffer ab 1992 deutet aber daraufhin, dass er erst ab dieser Zeit Eingang in den Sprachgebrauch gefunden hat. Die früheste dem Verfasser bekannte Verwendung stammt von Bundesbank-Präsident Helmut Schlesinger, der am 31.12.1991 in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt geschrieben hat, stabiles Geld brauche nicht nur eine stabilitätsorientierte Politik von Regierung und Notenbank und – im Falle der Europäischen Währungsunion – ein entsprechendes Statut der EZB sowie strenge Aufnahmekriterien. Mindestens genauso nötig sei eine „Stabilitätskultur“ in Öffentlichkeit und Politik.“ Denn: „Politik und Gesellschaft müssen die Stabilitätsorientierung aktiv mittragen“ (Schlesinger 1991). Selbst eine noch so unabhängige Zentralbank könne die Inflation langfristig nämlich nur dann wirksam bekämpfen, wenn es Konsens sei, dass die Preisniveaustabilität Vorrang gegenüber anderen wirtschaftspolitischen Zielen habe. Eine wirkliche Stabilitätskultur existiert also dann, wenn es diesen Konsens gibt und er seinen Niederschlag in den täglichen Entscheidungen der ökonomischen Akteure findet.

IM JAHR 1992 ZEIGT SICH EIN SPRUNGHAFTER ANSTIEG IN DER VERWENDUNG DES AUSDRUCKS *STABILITÄTSKULTUR*

Demnach ist die Existenz einer Stabilitätskultur notwendige Voraussetzung für stabiles Geld. Warum betont der Bundesbank-Präsident dies gerade 1991 zum

ersten Mal? Hier hilft ein Blick auf das wirtschaftshistorische Umfeld, in dem Helmut Schlesinger seine Bemerkung gemacht hat. Kurz zuvor, am 9./10. Dezember 1991, hatten die EG-Staats- und Regierungschefs in Maastricht den Weg für die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung spätestens zum Ende des Jahrzehnts frei gemacht. Dieser Weg war gut drei Jahre zuvor, im Sommer 1988, auf dem EG-Gipfel von Hannover besprochen worden. Die dort eingesetzte Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Kommissionspräsident Jacques Delors hatte im Frühjahr 1989 einen konkreten Plan für die Etablierung einer europäischen Währungsunion vorgelegt. Nicht erst diesen ‚Delors-Bericht‘, sondern auch den Hannoveraner Beschluss zur Einsetzung der Arbeitsgruppe und deren Arbeit nahmen Politiker, Notenbanker, Wissenschaftler und Journalisten sogleich zum Anlass, intensiv die Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Währungsintegration zu diskutieren (Issing 1988). Die meisten der Diskussionsbeiträge aus Deutschland betonten, dass eine europäische Währungsunion im deutschen Sinne stabilitätsorientiert ausgestaltet sein müsse. Eine herausragende Rolle nahm dabei schon früh die Forderung nach einer unabhängigen Zentralbank ein, die allein dem Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet sein dürfe (Pöhl 1988). In ihrer ersten Stellungnahme forderte die Bundesbank zudem, die Währungsunion müsse mit einer politischen Union einhergehen, und lehnte damit einmal mehr den „monetaristischen“¹ Ansatz ab, wonach die Währungsunion einer späteren politischen Union den Weg ebnet könne.

Am Rande vermerkt die Bundesbank hier schon, die europäischen Länder wiesen Unterschiede „in den wirtschaftlichen Grundorientierungen sowie den Verhaltensweisen der Tarifpartner“ auf, die zur Ursache für beträchtliche Divergenzen zwischen den potenziellen Teilnehmerländern werden könnten. Damit deutet sie das Hauptargument der späteren Stabilitätskulturdebatte bereits an, ohne vertieft darauf einzugehen (Deutsche Bundesbank 1990, S. 42). Auch andere Autoren beschäftigten sich aufgrund der Arbeit der Delors-Arbeitsgruppe hauptsächlich mit institutionellen und

technischen Details, bringen das, was später als *Stabilitätskultur* begrifflich gefasst werden wird, jedoch zumindest schon einmal ins Spiel. So schreibt beispielsweise der damalige baden-württembergische LZB²-Präsident Norbert Kloten:

Nach wie vor sind es starke Divergenzen schon aufgrund historischer Gegebenheiten, die das jeweilige Urteil über das bestimmen, was ein solches System (d. h. ein europäisches Zentralbanksystem, Anm. d. Verf.), vor allem seinen Status, ausmachen soll. (Kloten 1988)

Und Peter Bofinger schließlich weist kurz auf „Länder mit einer zu geringen Stabilitätspräferenz“ hin, die durch Obergrenzen für Haushaltsdefizite an einer mit der geldpolitischen Grundlinie in Konflikt stehenden Fiskalpolitik gehindert werden könnten (Bofinger 1989, S. 437).

Wann kommt die ‚Kultur‘ ins Spiel?

Kein Beitrag aus der Zeit zwischen Hannoveraner Gipfel und Maastricht-Konferenz nimmt kulturelle Gesichtspunkte einer Währungsunion jedoch vorrangig ins Visier oder erwähnt den Begriff *Kultur* gar explizit. Dabei ist *Kultur* im soziologischen Sinne folgendermaßen zu beschreiben:

[...] deep-seated ideas, beliefs, values, and behavioral orientations that people have, or carry around in their heads [...] (Wiarda 2014, S. 1)

BUNDESBANK-PRÄSIDENT SCHLESINGER FÜHRT DEN BEGRIFF ENDE 1991 IN DIE DEBATTE EIN

Das ändert sich grundlegend erst Ende 1991, als Helmut Schlesinger den Begriff *Stabilitätskultur* in die Debatte einführt. Von da an werden der Begriff und das dahinter stehende Konzept nicht nur in Politik und Wissenschaft rezipiert, sondern von Repräsentanten der Bundesbank in die deutsche und europäische Öff-

fentlichkeit getragen. Von nun an betonen sie gebetsmühlenartig, dass sich in Europa eine Stabilitätskultur etablieren müsse, sollte die Währungsunion von nachhaltigem Erfolg gekrönt sein (Zeitler 1996).

Mit Maastricht sind die zuvor diskutierten ‚großen‘ institutionellen Fragen (Stellung der Zentralbank, Ziel der Geldpolitik, Gewährleistung fiskalischer Solidität, Zeitplan für das weitere Vorgehen) nämlich zunächst beantwortet – und zwar im Großen und Ganzen zur Zufriedenheit der Bundesbank. Nur dass es eine Währungsunion ohne gleichzeitige politische Union geben wird, kann die Frankfurter Währungshüter nicht zufrieden stellen. Aber abgesehen davon hat sich die deutsche Notenbank zum Erstaunen so mancher Beobachter auf der ganzen Linie durchgesetzt (o. V. 1991, S. 119).

Der britische Journalist und Buchautor David Marsh ging vor diesem Hintergrund in seinem 1992 erschienen Buch „The Bundesbank. The Bank that Rules Europe“ sogar so weit zu insinuieren, die Bundesbank habe nun Gründe suchen müssen, um weiter gegen die Währungsunion argumentieren zu können (Marsh 1992, S. 251). Als *Residual Options*, die die Bundesbank jetzt noch habe, nennt er an erster Stelle die Stabilitätskultur-Argumentation und zitiert Helmut Schlesinger direkt.

Nach Maastricht: Die Debatte geht weiter, von der Bundesbank befördert

Man muss nicht so weit wie Marsh gehen, um konstatieren zu können, dass die Debatte mit Maastricht noch lange nicht beendet ist. Zum einen sind nun, da der große Schritt gemacht ist, eine Vielzahl eher technischer Details zu klären. Zum anderen wird offenbar, dass die institutionelle Ausgestaltung der Währungsunion für das Gelingen dieses Großprojekts nur notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung sein kann. Die Bundesbank propagiert diese These als erste und mit großem Einsatz. Der Handelsblattbeitrag von Präsident Schlesinger ist der Startschuss für eine Vielzahl von Reden, Interviews und Gastartikeln von Di-

rektoriumsmitgliedern und Landeszentralbankpräsidenten, in denen diese immer wieder betonen, dass die Währungsunion ohne einen stabilitätspolitischen Grundkonsens in Europa nicht funktionieren kann. Zwar war darauf auch schon zuvor sehr vereinzelt und immer nur am Rande hingewiesen worden; wirklich massentauglich machte erst die Bundesbank diesen Gedanken, und dabei spielte der Begriff *Stabilitätskultur* eine entscheidende Rolle, auch wenn er zunächst noch mit *Stabilitätswille*, *Stabilitätskonsens* oder auch *Stabilitätsgemeinschaft* konkurrieren musste. *Stabilitätskultur* aber brachte am besten zum Ausdruck, dass die Stabilitätsorientierung breit in der Bevölkerung verankert sein muss, damit die entsprechende Geldpolitik zum Erfolg führen kann. In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1995 ging die Bundesbank sogar so weit zu sagen, das über zwanzigjährige Festhalten am Konzept der Geldmengensteuerung sei „zu einem Symbol der deutschen ‚Stabilitätskultur‘“ geworden (Deutsche Bundesbank 1995, S. 78). Und zwei Jahrzehnte später bezeichnen die deutschen Zentralbanker ihre ‚Beton brut‘-Zentrale in Frankfurt schließlich als „steingewordene Stabilitätskultur“ (Deutsche Bundesbank 2016, S. 46f.).

DIE BUNDESBANK WIRBT MASSIV FÜR EINE STABILITÄTSKULTUR IN EUROPA UND MACHT DEN AUSDRUCK DAMIT POPULÄR

Nicht der konkrete Bezug auf die Geldmengensteuerung, wohl aber der von Helmut Schlesinger zuerst explizit formulierte Grundgedanke wurde in der Folge vielfach aufgegriffen, wenn auch nicht immer unter expliziter Nennung des Begriffs *Stabilitätskultur*. Ein Beispiel dafür ist das erste ‚Professorenmanifest‘ (ein zweites sollte 1998 folgen), das 1992 für Furore sorgte und in dem es unter anderem heißt:

Einen Konsens, Preisstabilität als Priorität zu betrachten, wie er traditionell in Deutschland vorliegt, gibt es in Gesamteuropa bisher noch nicht. Nur mit einem solchen Konsens, den Notenbank, Regierung und Bevölkerung gemeinsam tragen, kann jedoch eine konsequente Stabilitätspolitik verfolgt werden, da diese unter anderem der Unterstützung der Lohnpolitik und der Finanzpolitik des Staates bedarf. (Ohr / Schäfer 1992)



Die Deutsche Bundesbank

Breite Rezeption in Wissenschaft und Öffentlichkeit

Auch wenn sich der Ausdruck *Stabilitätskultur* von nun an langsam, aber sicher durchsetzte und spätestens ab Mitte der 1990er Jahre die bereits genannten konkurrierenden Ausdrücke verdrängte, gab es in dieser Zeit kaum eine explizite Beschäftigung mit dem Begriff an sich. Eine rühmliche Ausnahme stellt hier Hans-E. Loef dar, der auf Rudolf Richter (1994) verweist, demzufolge der Begriff auf Bundesbank-Präsident Tietmeyer zurückgehe (was falsch ist, wie oben gezeigt wurde). Ansonsten gebe es keine bekannte Beschäftigung mit dem Begriff an sich (Loef 1998, S. 320; Richter 1994, S. 86). Auch Bofinger et al. streifen die Begriffsgeschichte kurz, indem sie *Stabilitätskultur* als „neue Kategorie“ bezeichnen, wobei der Begriff nicht hinreichend abgegrenzt sei. Das wollen Bofinger et al. mit der folgenden Definition ändern:

Stabilitätskultur ist in einem Land immer dann gegeben, wenn die kulturellen oder institutionellen Faktoren (im Sinne von „formlosen Beschränkungen“) dahin wirken, dass in der Wirtschaftspolitik Reaktionsmuster vorherrschen, die in der Regel eine Einhaltung des Zieles der Geldwertstabilität gewährleisten. (Bofinger / Hefeker / Pflieger 1998, S. 18)

ZUNÄCHST IST STABILITÄTSKULTUR AUF DIE GELDPOLITIK AUSGERICHTET UND POSITIV KONNOTIERT

Gemeinsam ist den allermeisten dieser Beiträge, dass sie *Stabilitätskultur* primär in einem geldpolitischen Kontext verwenden, dass die spezifisch deutsche Stabilitätskultur der Ausgangspunkt der Überlegungen ist und dass der Begriff positiv oder zumindest neutral konnotiert ist. In allen drei Dimensionen sollte es ab Mitte / Ende der 1990er Jahre zu einem Begriffswandel kommen.

Ab Mitte / Ende der 90er Jahre vermehrt fiskalpolitische Verwendung

Dieser Begriffswandel begann mit der Diskussion über den von deutscher Seite geforderten Stabilitätspakt. Er sollte die Maastrichter Beschlüsse dahingehend ergänzen, dass die Euro-Teilnehmerländer nicht nur bei der

Qualifizierung für den Eurobeitritt, sondern auch danach einen starken Anreiz zur Haushaltskonsolidierung hatten. *Stabilitätskultur* bezog sich nun immer häufiger auf dieses fiskalpolitische Thema. Dem deutschen Beharren auf soliden Finanzen wurde in dieser Zeit insbesondere der französische Wunsch gegenübergestellt, sich nicht durch zu strenge Regeln die Möglichkeit einer auch fiskalpolitischen Steuerung der Wirtschaft durch den Staat nehmen zu lassen.

Die ab Ende der 1990er Jahre weniger geld- und stärker fiskalpolitische Konnotation resultierte auch aus dem ökonomischen Umfeld um die Jahrtausendwende: Auf der einen Seite war die Euro-Einführung 1999 / 2002 absolut reibungslos verlaufen und hatte die EZB die Inflation unter Kontrolle; auf der anderen Seite verstießen ausgerechnet Deutschland und Frankreich als Erste 2002 gegen die Defizitvorgabe des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Es ist somit nicht verwunderlich, dass selbst der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer 2006 „Sorgen um die künftige fiskalpolitische Stabilitätskultur in der Europäischen Währungsunion“ äußerte:

Der Erosionsprozess beim Stabilitäts- und Wachstumspakt [kann] leicht einen Rückschlag für die in langen Jahren aufgebaute Stabilitätskultur bewirken [...] (Tietmeyer 2006, S. 132f.).

IM LAUFE DER ZEIT WIRD DER BEGRIFF IMMER HÄUFIGER MIT FISKALPOLITISCHEM BEZUG VERWENDET

Negative Konnotation

Seit dieser Zeit widmete sich auch die politologische und soziologische Literatur der Stabilitätskultur, die zudem immer häufiger Thema in der internationalen Presse wurde. Schon vor Ausbruch der Eurokrise, aber verstärkt natürlich auch seitdem, wird darin die Ausgestaltung der Währungsunion nach weitgehend deutschen Vorstellungen untersucht (Bourdieu 1996; o. V. 1996). Dabei geht es auch, aber nicht nur, um geld- und

fiskalpolitische Aspekte; vielmehr wird der Begriff hier in einem weiteren, ordnungspolitischen Kontext und verstärkt mit negativer Konnotation eingesetzt. Stabilitätskultur wird nun als diskurspolitisches Instrument zentral- und nordeuropäischer Eliten beschrieben, mit dessen Hilfe sie den übrigen Ländern Europas eine ‚neoliberale‘ Agenda diktieren wollten, deren Kernpunkte Inflationsbekämpfung, Haushaltskonsolidierung und marktwirtschaftliche Reformen sind.

STABILITÄTSKULTUR WIRD ZUM SINNBILD FÜR DEUTSCHE DOMINANZ IN EUROPA

Das folgende Zitat aus dem britischen Telegraph bringt diese Verwendung des Begriffs auf den Punkt:

On top of this, Merkiavelli has not merely issued orders to the other member states, she has ensured that the German culture of “stability” in economic affairs is the orthodoxy of the age. True, there is not, as yet, a single example of German-style austerity policies actually working in the southern countries on whom it has been inflicted, but that hardly seems to matter in the terms of power politics. (Moore 2013)

In diesem Kontext ist Stabilitätskultur tendenziell etwas Negatives: „Angela Merkel’s pursuit of the stability culture espoused by ‚ordoliberalism‘ leaves deficit economies facing greater austerity.“ (Kundnani 2012). Die ursprüngliche geldpolitische Fokussierung des Begriffs und insbesondere die Vorbildfunktion der spezifisch deutschen Stabilitätskultur sind nahezu vollständig verlorengegangen: „[...] the German ‚Culture of Stability‘ spells a ‚Culture of Decline‘ for much of Southern Europe“ (Schmidt 2012). Der Begriff wird denkbar weit und nicht mehr ausschließlich positiv verwendet (Sadeh 2009; Sadeh / Verdun 2009).

Stabilitätskulturen im Plural

Mit dieser Inhaltsausdehnung geht eine weitere Eigenart der Begriffsverwendung speziell in der politologischen und soziologischen Literatur einher: Es gibt



nicht notwendigerweise nur eine deutsche Stabilitätskultur, sondern viele nationale Stabilitätskulturen – der Ausdruck taucht nun vermehrt im Plural auf. *Stabilitätskultur* bezeichnet dann die jeweils in einem Land vorherrschende Einstellung zur Stellung der Zentralbank, zur Bedeutung der Preisniveaustabilität, zur Rolle des Staates in der Wirtschaft und zur Finanzpolitik. Der Begriff wird neutral verwendet, die spezifisch deutsche Ausprägung ist nur noch eine von vielen denkbaren (Tognato 2012, S. 25ff).

BEGRIFFSWANDEL: JEDES LAND KANN NUN SEINE EIGENE STABILITÄTSKULTUR HABEN

Beispielhaft hierfür ist der Sammelband „Stabilitätskulturen – Kommunikationsstrategien ausgewählter europäischer Zentralbanken“ von Drexler / Hegmann (2006). Die Autoren stellen hier insbesondere die Bundesbank, die Banque de France, die Bank of England sowie die EZB im Hinblick auf ihre jeweilige Stabilitätskultur gegenüber. Eine wirklich intensive Beschäftigung mit unterschiedlichen Stabilitätskulturen auch im Detail ist dabei der Beitrag von Karen van den Berg mit dem Titel „Show me your money! Schaufenster des Geldes“. Sie untersucht, welches Verständnis von Stabilitätskultur die Geldmuseen bzw. währungshistorischen Ausstellungen der genannten Zentralbanken transportieren (van den Berg 2009).

Die zweite Karriere ab 2010

Einen neuen Schub erhält die Beschäftigung mit dem Thema dann mit der eingangs zitierten Regierungserklärung Angela Merkels zum ersten Griechenland-„Rettungspaket“. Merkel geht den Weg der Begriffsdehnung nur teilweise mit. Ihre Stabilitätskultur hat zwar auch eine fiskalpolitische Komponente – geht also über die ursprünglich rein geldpolitische Ausrichtung hinaus –, gleichzeitig kehrt sie aber zur eindeutig positiven Konnotation einer spezifisch deutschen Stabilitätskultur mit entsprechender Vorbildfunktion zurück. Dass die Bundeskanzlerin auf die Stabilitätskultur zurückgreift, um dem Bundestag und ihren Wählern die Angst vor möglichen negativen stabilitätspolitischen Konsequenzen der Griechenland-„Rettung“ zu nehmen, unterstreicht die hohe Symbolkraft des Begriffs. Es zeigt auch, wie ernst die innenpolitische Lage in den Augen der Kanzlerin im Frühjahr 2010 war. Um ihre Politik zu erklären, greift sie auf ein Konzept zurück, das „seit ihrer Gründung immer zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland gehört hat und gehört“.

Die Rede der Bundeskanzlerin mit ihrem expliziten Bezug auf *Stabilitätskultur* und die in den folgenden Jahren schrittweise umgesetzte Politik einer Beschränkung der Finanzautonomie der Mitgliedsstaaten („Six Pack“, Fiskalpakt, Europäisches Semester etc.) in Richtung Haushaltskonsolidierung lösten eine neue Welle der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Konzept *Stabilitätskultur* aus. Dabei steht die fiskalpolitische Bedeutung des Begriffs im Vordergrund, auch wenn in der folgenden Definition die geldpolitische zumindest erwähnt wird:

[...] we understand the term Stability Culture as a common economic policy perspective shared by policymakers and the population at large whose primary concern is the maintaining of low deficits and low inflation. (LeMay-Boucher / Rommerskirchen 2015, S. 4)

Viele Arbeiten versuchten herauszufinden, wie sich diese neue Europäisierung der Fiskalpolitik erklären lasse, auswirken könne und welche Rolle die Stabilitätskultur der einzelnen Länder dabei spiele (Heinemann / Osterloh / Kalb 2013). Der mit der Merkel-Rede noch einmal deutlich verstärkte Fokus auf die fiskalpolitische Begriffsverwendung soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es natürlich – allerdings eher vereinzelt – auch in jüngerer Zeit noch eine primär geldpolitische Beschäftigung mit der deutschen Stabilitätskultur gibt, wenn auch in diesem Fall eine eher kritische:

[...] “stability culture” is closely aligned with the key peculiarity about German-style monetary policy: [...] German central bankers have a special gift for detecting inflation risks even when nobody else can, but are never really scared of deflation. (Bibow 2013, S. 614f.)

2010: DIE REGIERUNGSERKLÄRUNG DER BUNDESKANZLERIN ZUR GRIECHENLAND-„RETTUNG“ GIBT DER VERWENDUNG DES AUSDRUCKS NEUEN SCHUB

Gleichzeitig griffen Autoren aus dem politischen und politiknahen Bereich den von Angela Merkel wieder bekannt gemachten Begriff auf, um für ihre Vorstellung einer nachhaltigen Umgestaltung der Europäischen Währungsunion zu werben, weg von hektischen, interventionistischen Ad-hoc-Entscheidungen, hin zu Langfrist- und Regelorientierung. Stabilitätskultur bedeutet für sie in einem engeren Sinne, eine angebotsorientierte Politik zu befürworten; in einem weiteren Sinne ist sie eine Geisteshaltung in der Nachfolge Walter Euckens und der Freiburger Schule. Verfechter der Stabilitätskultur betonen demzufolge die Interdependenz der Ordnungen, die strikte Trennung zwischen Prozess- und Ordnungspolitik und den Primat eben der Ordnungspolitik (Konrad Adenauer Stiftung 2013).

Fazit

Aus einem relativ eng abgegrenzten wirtschaftskulturellen Terminus ist im Laufe eines Vierteljahrhunderts ein weiter wirtschaftspolitischer Begriff geworden. Nichts verdeutlicht dies besser als seine zwischenzeitliche Verwendung im Plural und der ständige Wechsel zwischen positiver und negativer Konnotation. Statt für eine gemeinsame Fokussierung von Politik und Öffentlichkeit auf das übergeordnete Ziel Preisniveaustabilität steht er nun – in der Wissenschaft sowie der internationalen Presse zumindest – für eine auf Haushaltskonsolidierung ausgerichtete Politik, während Stabilitätskultur in der deutschen politischen Debatte sowohl das Feindbild ‚Neoliberalismus‘ als auch gelebten Ordoliberalismus im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft widerspiegeln kann. ■

Anmerkungen

- * Der Verfasser dankt Jasten Hagen Pütsch und Kujtim Robelli für wertvolle Hilfe bei der Literaturrecherche.
- ¹ So der damalige Sprachgebrauch. Eine inhaltliche Verbindung zum Monetarismus Friedman'scher Prägung existiert nicht.
- ² LZB: Landeszentralbank

Literatur

- Bibow, Jörg (2013): At the crossroads: the Euro and its Central Bank guardian (and saviour)? In: *Cambridge Journal of Economics* 37, S. 609-626.
- Bofinger, Peter (1989): Zum ‚Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft‘ des ‚Ausschusses zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion‘ (‚Delors-Bericht‘). In: *Kredit und Kapital* 3, 22, S. 429-447.
- Bofinger, Peter / Hefeker, Carsten / Pfleger, Kai (1998): *Stabilitätskultur in Europa. Theoretische Grundlagen, empirische Befunde, Bedeutung für die EWU*. Stuttgart: Deutscher Sparkassen-Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1996): Warnung vor dem Modell Tietmeyer. In: *Die Zeit* 1.11.1996, <www.zeit.de/1996/45/Warnung_vor_dem_Modell_Tietmeyer> (Stand: 23.11.2016).
- Bundesregierung (2010): <www.bundesregierung.de/Content/Archiv/DE/Archiv17/Regierungserklaerung/2010/2010-05-19-merkel-erklaerung-eu-stabilisierungsmassnahmen.html> (Stand: 22.11.2016).

- Deutsche Bundesbank (1990): Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. In: *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank* 10 / 1990, S. 41-45.
- Deutsche Bundesbank (1995): *Geschäftsbericht 1995*. Frankfurt.
- Deutsche Bundesbank (2016): Steingewordene Stabilitätskultur. In: *Bundesbank-Magazin* 1 / 2016, S. 46-47.
- Drexler, Barbara / Hegmann, Horst (2006) (Hg.): *Stabilitätskulturen – Kommunikationsstrategien ausgewählter europäischer Zentralbanken*. Marburg: Metropolis.
- Heinemann, Friedrich / Osterloh, Steffen / Kalb, Alexander (2013): *Sovereign risk premia: The link between Fiscal Rules and Stability Culture*. ZEW Discussion Paper 16 / 2013, Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Issing, Otmar (1988): Europäische Notenbank – ein Phantom. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 12.3.1988, S. 13.
- Kloten, Norbert (1988): Aspekte eines europäischen Zentralbanksystems. In: *WISU – Das Wirtschaftsstudium* 11 / 1988, S. 578.
- Konrad Adenauer Stiftung (Hg.) (2013): *Perspectives for a Common Stability Culture in Europe*. <www.kas.de/wf/doc/kas_33313-544-2-30.pdf?130121114248> (Stand: 22.11.2016).
- Kundnani, Hans (2012): The eurozone will pay a high price for Germany's economic narcissism. In: *The Guardian* 6.1.2012. <www.theguardian.com/commentisfree/2012/jan/06/eurozone-germany-ordoliberalism> (Stand: 28.4.2017).
- LeMay-Boucher, Philippe / Rommerskirchen, Charlotte (2015): An empirical investigation into the Europeanization of Fiscal Policy. In: *Comparative European Politics* 13, 4, S. 450-470.
- Loef, Hans (1998): Stabilitätskultur und Zentralbankunabhängigkeit. Notwendigkeiten für die neue Währung. In: Francke, Hans-Hermann (Hg.): *Europäische Währungsunion – von der Konzeption zur Gestaltung*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 317-339.
- Marsh, David (1992): *The Bundesbank. The bank that rules Europe*. London: Heinemann.
- Moore, Charles (2013): There is no match for Angela 'Merkiavelli'. In: *The Guardian* 31.3.2013. <www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/eu/9964441/Theres-no-match-for-Angela-Merkiavelli.html> (Stand: 27.4.2017).
- o. V. (1991): Made in Germany. In: *The Economist* 2.11.1991, S. 119.
- o. V. (1996): Wie Maos rotes Buch, Interview mit dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu über die Bundesbank und die neoliberale Wirtschaftspolitik. In: *Der Spiegel* 50 / 1996, S. 172-179.

- Ohr, Renate / Schäfer, Wolf (1992): Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: Eine Gefahr für Europa, von 62 Professoren unterzeichnetes Manifest. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.6.1992, S. 15.
- Pöhl, Karl Otto (1988): Die Vision eines europäischen Währungsraumes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.5.1988, S. 15.
- Richter, Rudolf (1994): ‚Stabilitätskultur‘ als Problem der Institutionenökonomik. In: Hesse, Helmut / Issing, Otmar (Hg.): Geld und Moral. München: Vahlen, S. 73-90.
- Sadeh, Tal (2009): EMU’s diverging micro foundations: a study of governments’ preferences and the sustainability of EMU. In: Journal of European Public Policy 16, 4, S. 545-563.
- Sadeh, Tal / Verdun, Amy (2009): Explaining Europe’s Monetary Union: a survey of the literature. In: International Studies Review 11, S. 227-230.
- Schlesinger, Helmut (1991): Eine europäische Währung muß genauso stabil sein wie die D-Mark. In: Handelsblatt, 31.12.1991, S. 9.
- Schmidt, Vivien (2012): The Crisis of the Euro – a problem for European economy and democracy. Political Science News, Boston University 16.4.2012. <www.bu.edu/cas/newsletter/polisci/4_12/euro_crisis.html> (Stand: 27.4.2017).
- Tietmeyer, Hans (2006): Die europäische Währung – Sorgen um die Stabilitätskultur? In: Rauscher, Anton (Hg.): Das Europa der 25. Köln: Bachem, S. 119-134.
- Tognato, Carlo (2012): Stability cultures and central banking. In: Tognato, Carlo (Hg.): Central Bank independence – cultural codes and symbolic performance. New York: Palgrave Macmillan.
- Van den Berg, Karen (2006): Show me your money! Schaulfenster des Geldes – Inszenierungstheoretische Überlegungen zur Europäischen Zentralbank und den Museen der Nationalbanken in Deutschland, England und Frankreich. In: Drexler, Barbara / Hegmann, Horst (Hg.): Stabilitätskulturen – Kommunikationsstrategien ausgewählter europäischer Zentralbanken. Marburg: Metropolis, S. 217-246.
- Wiarda, Howard (2014): Political culture, political science, and identity politics. An uneasy alliance. Burlington: Ashgate.
- Zeitler, Franz-Christoph (1996): Stabilitätskultur – ein Beitrag für Europa. In: Deutsche Bundesbank – Auszüge aus Presseartikeln 42, 7, S. 7-10.



Bildnachweise

- Seite 31: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutsche_bundesbank-ffm003.jpg>
- Seite 32: shutterstock 137946029
- Seite 35: shutterstock 59755252 ■